

Frauenrechte nur Nebensache?

SPD und Bündnisgrüne machen sich für hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte stark

Von Undine Zeidler

Lilienthal. Wenn es nach dem Willen der Fraktionen von CDU und FDP geht, soll in der nächsten Ratssitzung am Dienstag, 24. Februar, beschlossen werden, dass die Stelle der Lilienthaler Gleichstellungsbeauftragten künftig nur noch ehren- oder nebenamtlich besetzt werden soll. Im Pressegespräch erläuterten Gisela Velde-Gestrich und Andrea Vogelsang, warum in ihren Augen diese Entscheidung falsch ist.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20. Januar lehnten die Vertreter von CDU und FDP die Verwaltungsempfehlung ab, die Stelle der scheidenden Gleichstellungsbeauftragten Marianne Teubert (wir berichteten) hauptamtlich mit 19,5 Wochenstunden neu auszuschreiben. Statt dessen votierten sie mit vier Ja- gegen drei Nein-Stimmen für ihren Antrag. Der besagt, die Stelle künftig ehren- oder nebenamtlich mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von zehn

Stunden zu besetzen. Für Velde-Gestrich und Vogelsang, die für die SPD/Bündnisgrünen-Gruppe sprechen, ist dieser Vorschlag nicht nachvollziehbar. Die „Hauptamtlichkeit“ der Gleichstellungsbeauftragten ist aus ihrer Sicht eine elementare Arbeitsvoraussetzung, begründet durch die vielen Aufgaben, die an diese Funktion geknüpft sind.

Das wichtigste Argument für Vogelsang (SPD) ist: Eine Gleichstellungsbeauftragte müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorleben. Dies gehe aber nicht ehrenamtlich, sondern nur mit einer Bezahlung, die auch Sozialversicherungsbeiträge ermöglicht. Kopfschüttelnd ergänzt sie: Andernfalls sei die künftige Gleichstellungsbeauftragte Lilienthals selbst eine Kandidatin für Altersarmut. Velde-Gestrich (Grüne) greift das Thema Personalkosten auf. 19,5 Stunden Hauptamtlichkeit schlagen im Gemeindeetat mit 22000 Euro pro Jahr zu Buche. Bei zehn Stunden nebenamtlicher Tätigkeit

fallen hingegen nur 11000 Euro an. Mit Blick auf die geplanten Personalkosten 2009 für andere Bereiche sieht die Bündnisgrüne dort sehr wohl Einsparpotenzial. Sie nennt beispielsweise die Positionen Park- und Gartenanlagen (45000 Euro) sowie Denkmalpflege (20000 Euro) und kommentiert: „Das sind alles tolle Sachen, für die es andere Lösungen gibt“. So wisse sie um Senioren, die gerne die Denkmalpflege übernehmen wollen. Anschließend liest Velde-Gestrich eine 14 Punkte umfassende Aufgabenliste für die Gleichstellungsbeauftragte vor. Es geht unter anderem um Hilfe bei Gewalt gegen Frauen, Hilfestellungen für Alleinerziehende und das Thema Familie und Beruf. Dies seien übrigens auch die wesentlichen Aspekte der Frauenpolitik von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU), kommentiert die Bündnisgrüne. Sie zitiert sie aus dem gerade veröffentlichten Familienreport 2009, wo es heißt, dass 594000 alleinerziehende Frauen Hartz IV beziehen. Sie zu unterstützen ist für Velde-Gestrich der größte Arbeitsschwerpunkt einer Gleichstellungsbeauftragten. Vogelsang begegnet ebenfalls dem weit verbreiteten Vorurteil, dass eine Gleichstellungsbeauftragte nur für Frauen da sei. Gerade bei der Elternzeit stehe sie auch Männern zur Seite. Außerdem greift ihrer Meinung nach hier ein weiterer Aspekt der Hauptamtlichkeit. Nur auf dieser Basis sei es Teuberts Nachfolgerin möglich, sich verwaltungsintern für die Belange der Frauen im Rathaus einzusetzen. Schließlich gilt nach Andrea Vogelsang überall: „Wenn die Frau zufrieden ist, hat die ganze Familie etwas davon.“

Die Politikerinnen sind sich einig: Für diese anspruchsvollen Aufgaben benötigt es eine Frau mit der entsprechenden Qualifikation denn, „wenn Marianne Teubert in den Ruhestand geht, bleibt der Bedarf an Arbeit bestehen“, konstatiert Vogelsang. Dass sich das im Ehrenamt bewältigen lasse, bezweifeln beide stark und hoffen bis Dienstag noch auf den Sinneswandel einiger CDU- und FDP-Ratskollegen.



Die Gleichstellungsbeauftragte muss hauptamtlich bleiben – Gisela Velde-Gestrich (links) und Andrea Vogelsang begründen diesen Standpunkt der SPD/Bündnisgrünen-Gruppe. UZ-FOTO: ZEIDLER